

Ich bewerbe mich um eine Kandidatur für den BT-Wahlkreis 76

Lars Klinkmüller, geboren 1961 in Berlin, verheiratet, 2 Töchter und 4 Enkel,

Mitglied der Partei die Linke einschließlich ihrer Vorgänger seit 1980

Schule in Pankow, Abitur 1979, 5-jähriges Ingenieurstudium in Moskau, Abschluss 1984 als Dipl.-Ing. in der Fachrichtung: Chemieanlagenbau und Verfahrenstechnik

Seit 1984 beschäftigt mit der Planung, Projektierung, Errichtung und Inbetriebnahme von Biogasanlagen; bis 2003 in verschiedenen Firmen im Angestelltenverhältnis, seit 2003 selbständig im eigenen Ingenieurbüro

Ich lebe und arbeite im Wahlkreis 76. Ich bin in Wilhelmsruh aufgewachsen, in Pankow habe ich mein Abitur erworben, lebe heute in meinem Elternhaus in Wilhelmsruh und arbeite in Französisch-Buchholz. Ich bin einer der gewählten Sprecher des OV Nord-West.

Ich möchte der Vertreterversammlung des Wahlkreises ein inhaltliches Angebot machen:

Ich betrachte den zunehmenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in der Gegenwart. Die letzten 4 Bundesregierungen (gesamte Ära Merkel) haben keine substanziellen Schritte unternommen, um den Klimawandel spürbar einzudämmen. Kanzlerin Merkel ließ sich 2007 als Klimakanzlerin feiern und auf hoher See im Nordpolarmeer vor einem Eisberg ablichten, aber die mit dem Pariser Klimaabkommen eingegangenen Verpflichtungen werden auch mit dem jüngst verabschiedeten Kohleausstiegsgesetz in Größenordnungen verfehlt. Schlimmer, Deutschland bremst und blockiert die EU, um zu verhindern, dass die EU verbindliche Vorgaben zur CO₂-Reduktion in Übereinstimmung mit Paris beschließen kann.

Stattdessen werden durch die aktuelle Bundesregierung ständig neue „Säue durchs Dorf“ getrieben:

- Desertec: Sonnenstrom aus der Sahara
- „all electric world“ = Strom, Wärme und Mobilität → wir machen alles elektrisch ...
- Nationale Wasserstoffstrategie
- Es wird auf künftige Technologien zur Abscheidung von CO₂ und anderen Klimagasen aus der Atmosphäre verwiesen, die es nicht einmal im Ansatz gibt.

„Fridays for future“ haben Recht, es geht um die Zukunft der nachwachsenden und noch ungeborenen Generationen. Ich bin einer von 27.000 „Scientists for Future“, die als Fachleute den Schülern und Studenten Recht geben.

Um überhaupt noch den Hebel herumreißen zu können, ist die nächste Bundestagswahl entscheidend. Machen wir noch 5 Jahre „weiter so“, ist es nicht mehr möglich, dass „D“ die Pariser Klimaziele einhält. Der Neoliberalismus hat gezeigt, dass er nicht willens und nicht in der Lage ist, diese Existenzfrage der Menschheit zu lösen.

Aber auch die Rolle der Linken war in der Klimafrage bisher eher dürftig. Das will ich ändern, indem ich meine fachliche Kompetenz, die ich in über 35 Jahren im Bereich erneuerbare Energien sammeln durfte, in die Politik der Linken einbringen will. Ich möchte dafür werben, dass sich die Linke an einer Regierung gemeinsam mit SPD und Grünen beteiligt. Ein solches Mitte-Links-Bündnis darf jedoch nicht den Ansatz verfolgen, den Klimawandel in den Grenzen des Kapitalismus stoppen zu wollen, nein, auch Grundfesten des Kapitalismus müssen zur Disposition gestellt werden.

Ich möchte meine Kandidatur aber nicht als „1-Themen-Kandidatur“ (miss-)verstanden wissen. Ich gehe davon aus, dass diese Herausforderung alle Bereiche des Zusammenlebens von Menschen im Inland und in den internationalen Beziehungen umwälzen wird und „eherne Wahrheiten“ neu beantwortet werden müssen. Dabei muss es selbstverständlich sozial gerecht zugehen.

Was muss konkret passieren? Politik muss auf die Klima-Wissenschaft hören – bei Corona ging es doch auch! Es bedarf einer Gesetzgebung, die den richtigen Rahmen durch Anreize und das Ordnungsrecht setzt, um Folgendes zu erreichen:

- Massiver Ausbau erneuerbarer Energien (Strom, Wärme, Mobilität), Ausstieg aus der Kohle bis spätestens 2030 (eher früher erforderlich)
- Massiver Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Erhöhung der Attraktivität, Ausstieg aus der fossilen Mobilität auf Basis Diesel und Benzin bis 2030 (eher früher)
- Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen mit Anschluss- und Benutzungszwang, Ausbau Geothermie, etc.
- ...

Wenn das nicht im erforderlichen Zeitrahmen funktioniert, müssen Bereiche der Daseinsvorsorge (Energie, Verkehr, u.a.) in Gemeineigentum (Kommune, Land, Bund) überführt werden.